



GKV-Spitzenverband 2025: Der Ruf nach Reformen wird lauter – doch die Politik bleibt bei der Finanzkosmetik

Ute Pappelbaum



„Die gesetzlich versicherten Menschen und ihre Arbeitgebenden in Deutschland zahlen auch dieses Jahr wieder Rekordbeiträge in das Gesundheitssystem ein. Und dennoch haben Patientinnen und Patienten zu oft das Gefühl, dass der Weg zu einer guten Versorgung viel zu kompliziert und langwierig ist. Seit Jahren dringt der GKV-Spitzenverband auf Reformen, die den Zugang zur Versorgung klarer, einfacher und schneller machen. Krankenkassenbeiträge müssen direkt in der Versorgung ankommen und dürfen nicht in Strukturen versickern, die kompliziert und überholt sind. Der GKV-Spitzenverband hat die Konzepte dafür“,

betont Vorstand Oliver Blatt. Der Bericht macht deutlich, dass der Verband kurzfristige Finanzhilfen zwar als notwendig erachtet, darin jedoch keinen Ersatz für tiefgreifende Strukturreformen sieht. Digitalisierung, eine effizientere Versorgungssteuerung und eine nachhaltige Finanzierung sollen gemeinsam den Weg zu einem dauerhaft leistungsfähigen Gesundheitssystem ebnen.

Geschäftsbericht 2025: Finanzielle Stabilisierung ersetzt keine Strukturreformen

Der Geschäftsbericht 2025 zeichnet ein ernüchterndes Bild der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Steigende Leistungsausgaben, eine anhaltend angespannte Finanzlage und ausbleibende Strukturreformen bestimmten das Berichtsjahr. Zwar bewertet der GKV-Spitzenverband das verabschiedete Beitragssatzstabilisierungsgesetz als wichtigen ersten Schritt zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung, gleichzeitig macht er deutlich, dass kurzfristige Sparmaßnahmen die strukturellen Probleme des Systems nicht lösen. Ohne tiefgreifende Reformen geraten Finanzierung, Versorgungsqualität und Leistungsfähigkeit dauerhaft unter Druck. Digitalisierung im Gesundheitswesen: Die elektronische Patientenakte wird zur zentralen Plattform. Ein Schwerpunkt des Geschäftsberichts ist die Digitalisierung. Mit einer 2025 beschlossenen Digitalstrategie verfolgt der GKV-Spitzenverband das Ziel, die elektronische Patientenakte (ePA) schrittweise zur zentralen Infrastruktur der Gesundheitsversorgung auszubauen.

Künftig soll sie nicht nur medizinische Informationen bündeln, sondern telemedizinische Anwendungen, digitale Versorgungssteuerung und datenbasierte Prävention ermöglichen. Ökonomisch markiert dies einen grundlegenden Wandel. Digitalisierung wird nicht länger als einzelnes Modernisierungsprojekt verstanden, sondern als Voraussetzung für effizientere Versorgungsprozesse. Eine bessere Vernetzung von Arztpraxen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen soll Doppeluntersuchungen vermeiden, Behandlungsabläufe beschleunigen und Ressourcen gezielter einsetzen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Datensicherheit, Interoperabilität und Investitionen in digitale Infrastruktur.

Primärversorgung reformieren: Mehr Steuerung soll die Patientenversorgung verbessern

Eng mit der Digitalisierung verknüpft ist das Konzept einer reformierten Primärversorgung. Digitale Navigation, elektronische Überweisungen und koordinierte Terminvermittlung sollen Patientinnen und Patienten künftig gezielter durch das Gesundheitssystem führen. Parallel unterstützt der GKV-Spitzenverband Reformen der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes. Hinter diesen Vorschlägen steht ein grundlegender Systemwechsel. Statt eines weitgehend ungesteuerten Zugangs zur Versorgung soll künftig eine koordinierte Patientensteuerung entstehen. Aus gesundheitsökonomischer Sicht bedeutet dies eine Verlagerung von Mengensteuerung hin zu Prozesssteuerung. Ziel ist es, knappe personelle und finanzielle Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den größten medizinischen Nutzen entfalten.

Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt die größte Reformbaustelle

Den größten politischen Konflikt sieht der GKV-Spitzenverband weiterhin in der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (SPV). Die Ausgaben wachsen seit Jahren schneller als die beitragspflichtigen Einnahmen. Deshalb fordert der Verband eine konsequente Rückkehr zur einnahmeorientierten Ausgabenpolitik. Leistungen sollen sich langfristig an den verfügbaren Beitragsmitteln orientieren, um Beitragssprünge und dauerhafte Defizite zu vermeiden. Das Beitragssatzstabilisierungsgesetz greift diesen Grundsatz

zwar teilweise auf, löst aber nach Auffassung des Verbandes die strukturellen Finanzierungsprobleme nicht. Damit stellt der Geschäftsbericht eine ordnungspolitische Grundsatzfrage: Soll das Gesundheitswesen dauerhaft über steigende Sozialbeiträge finanziert werden oder müssen Leistungsumfang, Effizienz und staatliche Finanzierungsanteile neu austariert werden?

Klage gegen den Bund: GKV fordert eine faire Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben

Besonders deutlich wird dieser Zielkonflikt bei der Finanzierung der Gesundheitsversorgung von Grundsicherungsbeziehenden. Nach Auffassung des GKV-Spitzenverbands übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung seit Jahren staatliche Aufgaben, ohne dafür einen vollständigen finanziellen Ausgleich zu erhalten. Deshalb reichte der Verband Ende 2025 im Namen von 79 Krankenkassen Klage gegen den Bund ein. Nach Berechnungen des GKV-Spitzenverbands beläuft sich die jährliche Unterfinanzierung inzwischen auf rund zehn bis zwölf Milliarden Euro. Die Folge sei eine systematische Belastung der Beitragszahler mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die eigentlich aus Steuermitteln finanziert werden müssten. Ökonomisch geht es dabei um mehr als eine Haushaltsfrage. Wird das Versicherungsprinzip dauerhaft für staatliche Aufgaben genutzt, verliert die Sozialversicherung an Transparenz und Finanzierungsstabilität. Der Streit berührt damit grundlegende Fragen der Lastenverteilung zwischen Steuerzahlern und Beitragszahlern.

Reformstau im Gesundheitswesen wird zum Investitionshemmnis

Der Geschäftsbericht kritisiert mehrfach, dass politische Entscheidungen immer wieder vertagt werden. Reformkommissionen, Arbeitsgruppen und kurzfristige Finanzhilfen könnten notwendige Strukturentscheidungen nicht ersetzen. Bereits angestoßene Reformvorhaben seien teilweise verwässert oder auf spätere Legislaturperioden verschoben worden. Diese Unsicherheit wirkt längst über das Gesundheitswesen hinaus. Krankenkassen, Krankenhäuser, Arztpraxen und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft benötigen verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Digitalisierung, Personal und Versorgung. Bleiben politische Grundsatzentscheidungen aus, erhöht dies

die Planungsunsicherheit und verzögert notwendige Modernisierungen.

Der Geschäftsbericht ist ein wirtschaftspolitischer Weckruf

Der Geschäftsbericht 2025 ist weniger ein klassischer Tätigkeitsbericht als ein wirtschaftspolitisches Positionspapier. Der GKV-Spitzenverband verbindet Digitalisierung, Versorgungssteuerung und Finanzierungsreformen zu einer gemeinsamen Reformagenda und macht deutlich, dass sich die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung nicht länger mit kurzfristigen Finanzhilfen lösen lassen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950855/GKV-Spitzenverband-2025-Der-Ruf-nach-Reformen-wird-lauter---doch-die-Politik-bleibt-bei-der-Finanzkosmetik/>